

Halleische Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallscher Courier.)

Insertionsgebühren für die häufigste Stelle oder deren Raum 18 Pf., 15 Pf. für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg. Beclamen an der Spitze des Anzeigenschildes pro Zeile 40 Pf.

N 269.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung.

Halle, Sonnabend, 17. November.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt.

1883.

Ein gewaltiger Umsturz

hat sich in Bezug auf die sozialpolitischen Aufgaben des Staats nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern Europas vollzogen.

Während man vor wenigen Jahren noch überall dem Grundsatze des „Gehelnsaffens“ und des Nichteinmischens in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse huldigte und dem Staat nur eine theilnahmlose Aufsichtspflicht anweisen, im Uebrigen ihn aber keinen andern Beruf zurufen konnte, als an einer möglichst vollkommenen Entwicklung der Verfassung und des formalen Verhältnisses zwischen Regierung und Regierten zu arbeiten, wendet sich jetzt allenthalben das allgemeine Interesse mehr und mehr den sozialen Bedürfnissen des Volkes zu und um unerschöpflichen Debatten über Staats-, Verfassungs- und Parteifragen ab, von denen man bis dahin das alleinige Heil erwartete hatte, um dem Staat näher zu kommen, welches der liberalen Doctrin von einer vollkommenen Staatsform vorsetzte. Heute wird die Verfassung des Staates mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen von Volke und von allen Parteien — mit Ausnahme des fortschrittlichen Liberalismus — als eine seiner wesentlichsten Aufgaben betrachtet, und heute steht die Weisheit der Parteien vollständig auf dem Standpunkte, daß sie dem Staate das Recht eines Eingreifens in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die Pflicht, für die minder vom Glück Begünstigten und in der freien Konkurrenz Unterliegenden durch Abhülfe und Besserung ihrer Lage zu sorgen, mehr oder weniger zuzuerkennen. Es hat sich dies namentlich bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes gezeigt, welches von allen Conserwativen, Ultramontanen, Nationalliberalen und selbst von einigen Seceffionisten angenommen wurde.

Wer nicht allein auf Deutschland, sondern auch auf die übrigen der Ansicht über die sozialpolitischen Aufgaben des Staates. In den letzten Wochen ist auch in England eine Bewegung in derselben Richtung hervorgerufen, in jenem England, welches bisher dem Grundsatze des „Gehelnsaffens“ und der „Selbsthilfe des Einzelnen“ den freiesten Spielraum ließ und wo der Gedanke an eine Verfassung des Staates mit den gesellschaftlichen Verhältnissen weit von der Hand gewiesen wurde. Diesen Umsturz hat in England eine Schrift herbeigeführt, welche den Titel führt: „Die Lage der Ausgewanderten von London; eine Untersuchung der Zustände unter den ausgezogenen Armen.“ In dieser Schrift werden vornehmlich die Wohnungsverhältnisse der Armen beleuchtet und es ist in dieser Beziehung herrschende Uebelstände aufgezählt. Hierdurch ist in einem Male die Aufmerksamkeit von ganz England auf die schlimmen Folgen der „Freiheit“ gelenkt worden, auf welche bisher alle dortigen Parteien so stolz waren, und überall treten Forderungen und Reformvorschlüge hervor, welche alle darauf hinauslaufen, daß Staat und Parlament von dem Prinzip der Nichteinmischung sich lossagen und etwas zur Abhilfe thun müssen. Ein hervorragender conserwativer Staatsmann hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt, die immer nachhaltiger wird, und zunächst die Herstellung menschenwürdiger Wohnungen unter Mitwirkung des Staates zu seinem Programm gemacht. Es ist wahrscheinlich, daß in der nächsten englischen Parlamentssession die Arbeiterfrage einen hervorragenden Gegenstand bilden wird.

Dänemark hat gleichfalls die staatliche Fürsorge für die arbeitenden Klassen in die Hand genommen und eine active und materielle Beihilfe des Staates für die Beseitigung der Unannehmlichkeiten gegen Todesfall in Aussicht genommen. Durch diese gleichartigen ähnlichen Bestimmungen in Dänemark, zu denen auch ähnliche Bestimmungen in der Lage der Arbeiter gerichtete Politik in Deutschland eine Art von Belebungs- und Unterstützung: sie kann von ihren Gegnern nicht mehr als eine Entfaltung der „Reaktion“ ausgegeben, sondern muß als eine immer, sich aus der ganzen bisherigen Entwicklung ergebende Nothwendigkeit anerkannt werden, welche zuerst begriffen zu haben das Verriest Deutschlands und seines großen Staatesmannes ist und bleiben wird. Neue Bewegungen sind aber auch geeignet, diejenigen Parteien in Deutschland, welche sich den sozialpolitischen Aufgaben des Staates gegenüber im Allgemeinen freundlich und förderlich gezeigt haben, die Augen über die hohe Bedeutung derselben und über die Pflicht größeren Eifers und entschiedenerer Stellungnahme zu derselben zu öffnen. Einzige Parteien unterschätzen die Bedeutung jener Aufgaben und glauben, ihre Mitwirkung hierbei von allerhand außerhalb der Sache, theils auf kirchlichen, theils auf reinpolitischen Gebieten liegenden Verbindungen abhängig machen und als geeignetes Tauchbojen zu können. Diese Parteien verkennen die Zeichen der Zeit und — ihr eigenes Interesse. Heute dürfte die Bedeutung der politischen Parteien vornehmlich von dem Grade abhängen, in welchem sie sich mit den sozialpolitischen Aufgaben befähigen und wie sie denselben näherten. Nur solchen Parteien gehört die Zukunft, welche sich den neu erwachten Bedürfnissen des Staates volle und ganz gemächliche zeigen und mit Ernst und Entschiedenheit, aber auch ohne Hintergedanken und ohne Egoismus sich der Lösung der Aufgaben widmen, deren Nothwendigkeit aller Orten immer mehr zu Tage tritt.

Es erweist sich der vielberühmte „Staatsocialismus“ unseres Reichstages wieder als eine echt staatsmännliche Initiative vor unerschöpflicher Tragweite.

Hallscher Tagesbericht.

Unser Berliner O-Correspondent schreibt uns heute: Es gehört viel guter Wille dazu, um in der neuen Ausfertigung des Herrn Geh. Rath Ratlow, welcher in der „Wochenschrift“ das Staatsbild eines republikanischen Verfassungsorgans auf die Wand malen ließ, nicht alle beunruhigenden Symptome anzusehen und wie es scheint, ist alle Welt geneigt, sich diesen guten Willen anzueignen. Namentlich Oesterreich, dessen

Beziehungen zu Rußland von dem offiziellen „Freundenblatt“ wiederholt, und zwar in der doppelten Richtung erörtert werden: der russischen Regierung jenen Vorwand der Schwere zu entschuldigen, indem die Vorgänge in Bulgarien und Serbien lediglich auf die alleinige Regierung der bulgarischen und serbischen Regierung zu setzen würden und zweitens in der Versicherung, daß Oesterreich entschlossen sei, die Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen, so lange als möglich sich zur Rücksicht dienen zu lassen. — Es ist das Wenigste, womit man russischerseits den entgegenkommenden guten Willen erwidern kann, daß der russische Presse im öffentlichen Maßstab in dem Ton und in den auf die auswärtige Politik bezüglichen Combinationen empfohlen worden ist. In dem Augenblick, in welchem der Großfürst Blakmir im intimen Familienverkehr am Hofe zu Berlin wollte und Herr v. Giers von unserm Kaiser in Audienz empfangen wurde und auf Einladung des Fürsten Bismarck sich nach Friedberg begab, konnte es nicht zugefallen werden, daß man in Rußland die Deutschlandseits die Absichten eines Zartaren-Feldzugs gegen die westliche Civilisation öffentlich erwo. Die beiden leitenden Staatsmänner, welche in Friedberg die Schwere der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, mit Rücksicht auf die treibenden Kräfte der Gegenwart und die kritischen Möglichkeiten der Zukunft erörtert haben, mögen in Bezug auf diesem Willensstande seine sonderliche Erleichterung für ihre Friedensarbeit geschäft hat. Denn daß es sich um eine solche bei der Besprechung gehandelt hat, ist bei der unerschöpflichen auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik des Fürsten Bismarck und der persönlichen Friedensneigung des Herrn v. Giers nicht zu bezweifeln. Aber wenn die Dinge erst in Rollen geraten sind, folgen sie nur noch dem Gesetze der Schwere, welches auch durch den mächtigen Willen nicht aufgehoben werden kann. Herr v. Giers aber ist für Rußland, auch für dessen auswärtige Politik, keine so maßgebende Autorität. Wir glauben seiner Bedeutung nicht zu nahe zu treten, wenn wir sagen, daß er russische Politik nicht sowohl constant nach einem bestimmten Ziele, als vielmehr einem gewissen Stand derselben standhaft. So lange Herr v. Giers das Amt eines auswärtigen Ministers bekleidet, ist dies ein Zeichen, daß Rußland den Frieden erhalten oder an seine friedfertigen Dispositionen glauben machen will; aber Herr v. Giers würde von der Schaubühne verschwinden, wenn die Tendenzen des Panislausismus die Oberhand gewinnen sollten. Wir hoffen, daß dies nicht so bald geschieht, in der Ueberzeugung, daß je länger diese unfürsichtige Tendenz im Zaume gehalten wird, sie an Beherrschung und Erpresserthat verlieren muß. Wer sich aber noch über den Ernst der Situation zu täuschen belieben sollte, der muß doch sehr ernst bedacht worden sein, daß die „Reuezeitung“ gerade zur Zeit des höchsten Aufstiehs des Herrn von Giers' Mittheilungen über die beschäftigte, so äußerst signifikante Dislokation in der öffentlichen Armee vorveröffentlicht, gerade nicht in demontirter Absicht. Aber es giebt eben Situationen, welche sich nicht derselben lassen, oder von welchen man, auch beim besten Willen, den Blick abwenden könnte.

In der liberalen Presse wird jetzt die Nachricht vielfach besprochen, daß in dem nächsten Etat eine Summe zur Vermehrung der Gendarmarie in dem Meistpost des Ministeriums des Innern gefordert wird, und nicht unbedeutend wird hierbei zu verstehen gegeben, daß Seitens der liberalen Partei zu dieser Maßregel wohl schwerlich die Zustimmung gegeben werden würde. Man wird sich entsinnen, daß bereits im verfloffenen Jahre diese Eventualität im Preussischen Abgeordnetenhaus zur Besprechung gelangte. Es war in der 9. Monatsitzung am 28. November, als bei der zweiten Lesung des Etats bei dem Kapitel der Landgendarmerie der Abg. Graf v. Solbachow-Wehner auf das Verlangen der Vermehrung der Landgendarmerie behufs Verfestigung des Bagabundenthums hinwies. Dies veranlaßte den Minister des Innern v. Puttkamer unter Anerkennung der Uebernahme des Bagabundenthums zu folgender Erwiderung: „Was die Verfestigung zu thun hat — zum Theil würde sie ja die Hilfe der Reichsregierung nicht entbehren können — darüber müßte ich äußern bin ich heute nicht in der Lage. Ich glaube, ich würde sehr lieb sein, wenn ich auch nur andeutungsweise von den Schritten spräche, mit denen möglicherweise die Hgl. Staatsregierung an die Landesvertretung herantreten könnte. Aber ich glaube ich wenigstens von meinem Standpunkte aus schon heute bejahen zu können — und deshalb ist von dem Herrn Abgeordneten die Frage mit Recht an dieses Ziel geknüpft — daß nämlich das Creditpersonal, welches damit beauftragt ist, die öffentliche Sicherheit auf dem Lande und den kleinen Städten aufrecht zu erhalten, meines Erachtens zu gering bemessen ist. (Sehr richtig.) Ich glaube, ich würde es meinen Kollegen, dem Herrn Finanzminister nicht erlauben können, zu erwidern, ob nicht mit Zustimmung Sr. Majestät in dem nächsten Etat der Posten für die Gendarmarie zu erhöhen sei. Denn damit stimmen fast alle mir vorliegenden Berichte (des Oberpräsidenten u.) überein, daß ich will nicht sagen in allen, aber doch in sehr vielen Theilen des Landes die zur Verfestigung stehende Creditgewalt nicht genügt.“ Und im weiteren Verlauf der Debatte wurde diese Nothwendigkeit von den folgenden Rednern — namentlich den Abg. Dr. Windthorst (Centrum), von Schorlemer Alst (Centrum), Hansen (Nationalliberal) und Strofer (Conserwat) — durchaus nicht bestritten. Und wenn nun angesichts der Nothwendigkeit dieser Maßregel die Staatsregierung mit einer erhöhten Forderung für die Landgendarmerie vor den Landtag tritt, dann sollten die liberalen Parteien derselben mit einem vereinigten Wort entgegenzutreten? Wir können nicht glauben, daß diese Herren eine solche Verantwortlichkeit auf sich laden wollen. So schwerwiegende Thatsachen, wie sie auf dem Lande und in den kleineren Städten jetzt täglich in Bezug auf das Bagabundenthum zu Tage treten, lassen sich durch Sophisterei und Parteigehwid durchaus nicht wegzulassen. Brauchen die Berliner Fortschrittsmänner doch nicht in die Ferne zu schweifen, um die Nothwendigkeit für die Vermehrung der Gendarmarie zu erkennen. Fast vor den Thoren der Weisung spielen sich diese Dinge ab. Etwa 10 Meilen von Berlin in dem Kreise Ludau haben nun schon seit Monaten zwei Verbrecher, Faust und Wülf, und führen ein Räuberleben, wie es die italienischen Briganten

schöner und romantischer nicht führen können, ohne daß es bei aller Bemühung der Sicherheitsbehörden möglich war, diese Stroche zu ergreifen. Man hatte eine förmliche Treibjagd auf diese Verbrecher veranstaltet, an welcher die sämtlichen Gendarmen mehrerer benachbarter Kreise und ebenso das gesammte Fortschrittspersonal derselben theilnahm, aber alle diese Mannschaften genügte nicht, die Stroche zu ergreifen, weil ihre Zahl zu gering war, und obgleich die Sicherheitsbehörde für ihre Ergreifung die ausgesetzte Prämie von 300 M auf das Doppelte erhöht hat, treiben sie ihr Unwesen immer weiter und täglich langen Nachrichten ein, daß sie in ihrem eiferigen Verfolge des Kreises gerathen, Einbrüche verüben, oder einzelne Personen auf der Landstraße überfallen und ihnen ihre Habe abgenommen. Solche Thatsachen sprechen doch zu deutlich für die Nothwendigkeit der Vermehrung der Gendarmarie.

Wie das k. statistische Bureau sämtlichen Vortragsbürokraten durch Rundschreiben vom 3. d. M. mittheilt, ergiebt sich aus dem bisher vortragene Material über die diesjährige Bodenbenutzung, daß verschiedene vorgedachte Punkte fast durchweg außer Acht gelassen oder nicht richtig aufgeführt worden sind. So vornehmlich beispielsweise nicht der verhältnismäßig reichere Ertrag einer Weide gegen eine andere die Eintragung der bezüglichen Fläche als „reiche“ Weide, sondern nur der Umfang, daß dieser Ertrag im Durchschnitt der Jahre pro Hektar mindestens 1500 kg erreichte. Bei Forsten und Holzungen ist ferner die Summe der Forsten und Holzungen zweimal genau anzugeben, einmal nach der Art des Bestandes, ob Eichenwald, Weidenheger u. s. w., und das andere Mal nach den Besitzverhältnissen. Es scheint, als ob der Umfang, daß bei der letzten Klassifikation nur der Ackerbau vorrangig, bei der letzten vorrangig, als ob die Holzungen nicht nach den Besitzverhältnissen zu unterscheiden seien. Das statistische Bureau ersucht danach die Vortragsbürokraten, ihren das Material nicht eher zuzulassen, als bis die erwähnten Punkte einer sorgfältigen Prüfung unterzogen sind, weil sonst eine große Zahl von Rückfragen nothwendig werden dürfte.

Von den Ausfichten der Juristen in Preußen“ entwirft Dr. F. F. A. Schrott in Nr. 41 der „Gegenwart“ kein sehr verlockendes Bild, welches auf eingehenden statistischen Berechnungen basiert. Nach Anhalt des interessanten Aufsatzes sind in Preußen z. B. vorhanden 3938 richterliche Beamte, 296 Mitglieder der Staatsanwaltschaft und 2472 Rechtsanwälte. Da eine irgendwie erhebliche Vermehrung der Justizbeamten für die nächste Zeit nicht in Aussicht zu nehmen ist, so handelt es sich nur darum, die durch Tod, Pensionierung, Austritt aus dem Staatsdienst, bez. Uebertritt in anderen öffentlichen Staatsämtern eintretenden Vacanen auszufüllen.

Der Verfasser des Artikels berechnet, daß zur Besetzung der so im Aufstiege befindlichen Stellen alljährlich 168 Affessoren zur Anstellung gelangen dürften, so wie 24 Affessoren zur Nachbesetzung für die durch den Tod erledigten Stellen der Reichsanwaltschaft für die Besetzung der durch den Tod erledigten Stellen der Reichsanwaltschaft zu einer in vielfacher Beziehung bedeutenden Ueberlieferung dieses Standes führen müßte. Für Anstellung in anderen Zweigen des Staats- oder Communicaldienstes kämen jährlich 64 Affessoren zur Verfügung, so daß hiernach als möglich 232 Affessoren anzuweisen sei.

Da jedoch zur Zeit 747 Affessoren vorhanden sind und bei der jetzigen Zahl von 3937 Referendaren auf eine weitere jährliche Zunahme von mindestens 600 Affessoren zu rechnen ist, so ergiebt sich auf Grund dieser Zahlen, daß die in letzter Zeit ernannten Affessoren etwa 3/4 Jahre auf Anstellung im Staatsdienst zu warten haben werden und daß durch den jetzigen Bestand an Affessoren und Referendaren nicht nur der Bedarf auf über 8/9 Jahre hinaus gedeckt ist, sondern daß sich die Zahl der überschüssigen Affessoren alljährlich in starker Progression vermehren dürfte.

In verschiedenen Blättern waren in jüngster Zeit Mittheilungen über eine Erdoberung innerhalb der conserwativen Partei verbreitet, welche eine Annäherung an die Gemäßigten Liberalen anstrebe. Vor Kurzem hat ein sehr angesehenes Mitglied der conserwativen Partei, nämlich Adolf Wagner, öffentlich erklärt, daß er in der Verbindung der conserwativen Partei mit dem Centrum einen Fehler erblicke, und eine Annäherung an die Nationalliberalen für geboten habe. Sicherlich frecht Herr Wagner nicht vereinzelt mit dieser Ansicht in seiner Faction, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Ersperrigkeit einer ferneren Allianz der conserwativen Partei mit dem Centrum gewichtigen Zweifeln unterliegt.

Die „Nationalzeitung“ sucht ihre Gegnerschaft gegen eine Kapitalerente steuer mit der Behauptung zu unterstützen, daß das Abgeordnetenhaus bei der auf eine höhere Besteuerung des Einkommens aus Kapitalvermögen gerichteten Nr. 2 der Resolution vom 21. Februar d. J. sich nicht auf das mobile Kapital habe beschränken, sondern auch das Einkommen aus Grundbesitz habe treffen wollen. Diese Angabe erhebt der Begründung. Der beliebte Auslegung widerspricht jedoch der Wortlaut: der Ausbruch Kapitalvermögen weist mit Bestimmtheit darauf hin, daß nur eine besondere Art von Vermögen, dasjenige, welches aus Kapital besteht, gemeint ist. Von allen Arten Vermögen ist aber gerade der Grundbesitz derjenige, auf welche der Ausbruch Kapital absolut unanwendbar ist.

Nicht minder erhebt aus den Materialien, daß unter Einkommen aus Kapitalvermögen nichts anderes gemeint ist, als der Zinsvertrag rentablen Mobilvermögens. Der Referent der Kommission, von welchem die Resolution ausging, präzisirte bei der Generatdebatte seine Meinung dahin, daß eine Befreiung der Erträge des mobilen Kapitals, eine Steuer auf die Zinsen von dem rentablen Kapital als eine unerlässliche Forderung der Gerechtigkeit gegenüber dem Grundbesitz anzusehen sei. In seinem Entwurfe war diesem Gedanken durch Abgrenzung

des § 29 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 21. Mai 1851 ein noch präziser Ausdruck gegeben. Prof. Wagner, welcher die definitive Fassung vorschlug, um ein Präjudiz für die Form der Steuer zu vermeiden, während es noch nur darauf ankomme, zu nächst das Prinzip einer höheren Besteuerung des Zinsentragers anzudeuten, sollte seine Ansicht in der ersten Lesung der Vorlage nicht minder bestimmt dahin zusammen, daß es darauf ankomme, dem mobilien Kapital die Steuer anzuverlegen, welche ihm zukomme.

Auch nicht von einer einzigen Seite ist dieser Auslegung widersprochen worden. Herr Degenhart hat vielmehr bei dem Beschlusse, welches er bei der zweiten Lesung über die Beschlässe gab, ausdrücklich das Einkommen aus Grund- und Hausbesitz dem Kapital mit seiner Rente entgegengesetzt, welches durch die Besteuerung entzogen und deshalb, wie es recht und billig ist, künftig mehr zur Besteuerung herangezogen werden solle. Hiernach besteht kein Zweifel, daß die Staatsregierung genau der Absicht der Resolution entspricht, wenn sie eine Kapitalrentensteuer vorschlägt, während die gegenwärtige Auffassung der „National-Zeitung“ jedes thatsächlichen Anhaltes entbehrt.

Auf Grund des Sozialistengesetzes hat das Berliner Polizeipräsidentium drei vom Arbeitervereinsrat herausgegeben, auf die Communalmahlen bezügliche Flugblätter verboten.

Die „Kreuzzeitung“ weist in ihrem heutigen Leitartikel „Nürten und Völs“ gegenüber den Verdrüben, das Königtum jedes persönlichen Anhalts zu berauben“, auf die Wichtigkeit der persönlichen Initiative in den wechselnden Strömungen der Volkswirtschaft hin. Sie erinnert dabei an die unergiebige fahrlässige Vorfahrt vom 17. November 1881, welche in großen Zügen das Programm unserer Sozialpolitik verzeichnet, auf die eminente Wichtigkeit der persönlichen freiwirtschaftlichen Bewegungen der Nürten für die Befestigung der Freiwirtschaft des heutigen Reiches, welche — fern von der Tendenz, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen — auf gegenseitiges Vertrauen gestützte „Anbahnungen“ gestatte ohne daß Bündnisse geschlossen werden.

Ein englisches Blatt sagte letzte Tage mit Bezug auf den bevorstehenden Besuch unseres Kronprinzen in Madrid: „Kronprinzen sind oft zuverlässiger als Verträge.“ — So steht zu hoffen, daß die künftigen Begegnungen der letzten Jahre zu Freundschaften geführt haben, welche dem europäischen Frieden die Gewähr des wechselseitigen Vertrauens zuführen.

Die „Nordd. Allg.“ macht heute an leitender Stelle mit vollem Recht darauf aufmerksam, wie Frankreichs wirtschaftliches Leben durch die französische Kriegspresse zerstört werde. Diese ist es, welche die ganze Wölbung in fester Geige für einen nach dem bestehenden Recht erhält und dadurch alles Geforderte leistet, um jedes Geschäft und jedes Unternehmen in Frankreich lahm zu legen.

Der Widergang der erst fünf blühenden französischen Handels- und industriellen Beziehungen vollständig. Unsere Handelsverhältnisse leiden eben insofern an einer totalen Beklemmung der thatsächlichen Verhältnisse, als sie die Schuld ihrer damaligen materiellen wie moralischen Rückgänge anderen Ursachen denn den eigenen Fehlern beizumessen und speziell Deutschland zur Zielscheibe ihrer durch nichts motivierten Animosität machen.

Die innere Haltlosigkeit der öffentlichen Meinung Frankreichs spiegelt sich recht deutlich wieder in der Laune der Pariser Zeitungen, die Weise des deutschen Kronprinzen nach Madrid bald als gänzlich belanglos, bald als eine Art Affront für das französische Volk darzustellen. Dies Schwanken zwischen den entgegengesetzten Extremen erschwert den Franzosen sehr die Bildung eines zutreffenden Urteils, macht sie reizbar, arabisch und unsicher in sich und der Welt. Es steht der grande nation gleich in den Gliedern, daß die dritte Republik auf der europäischen Bühne mehr eine passive als aktive Rolle spielt, und daß einweisen auf so gar keine Aussicht vorhanden ist, hierin eine die nationale Ehre befriedigende Wendung einzutreten zu sehen. Der Schwanz der Volksstimmung trägt daher gewöhnlich den Charakter der Resignation. Die Pariser Journale der bekannten Hochblätter werden in der großen Masse kein Echo. Das Institut der allgemeinen Wertschätzung sorgt schon dafür, daß jenseits der Alpen — unter normalen Verhältnissen wenigstens — die chauvinistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Darin trifft der „Figuaro“ ein ausnehmendweise das Richtige, wenn er sagt, daß französische Volk habe erkannt, daß jeder künftige — europäische — Krieg für Frankreich die absolute Unterbrechung des gemeinsamen inneren Lebens der Nation bedeute. Jeder künftige Mann würde zum Heere eingezogen werden, die höchsten der Unzufriedenheit würden ausgelassen werden und — ein schrecklicher Gedanke — selbst die Flugblätter würde raisten. Diese Erkenntnis hält aber weder den „Figuaro“, noch jene gleichgestimmten Pressekollegen ab, mit dem Heere zu spielen und ernstgemeinte Warnungen mit arroganter Miene zurückzuweisen. Es ist der Kampf des Temperaments mit dem gefunden Vernunft, der sich in der öffentlichen Meinung darstellt. Wie jetzt hat noch nichts die letztere den Sieg davon getragen, wenn auch manchmal nur mit genauer Noth und nur, weil andere Leute fahrlässiger blieben, als die Fanatiker an der Seine.

Die volkswirtschaftliche Aktion der französischen Regierung beginnt beabsichtigen von sich zu geben. Der Handelsminister hat schon eine Kommission eingesetzt, welche die bedürftige Gründung von Handelsmissionen erforderlichen administrativen Maßnahmen vorbereiten soll. Ferner sieht die Errichtung französischer Handelskammern im Auslande bevor, und zwar sollen dieselben gleichzeitig an hiesigen Großhandelsplätzen im Leben treten.

Wir haben gestern den streng monarchischen Grundzug des spanischen Volkscharakters hervor. Welchen Stolz in der Volkswirtschaft der Republikanismus jenseit der schmalen Bucht behandelt, das Königthum in der republikanischen Frankreich erlitten hat, zeigte sich am Sonntag bei einer öffentlichen Kundgebung, welche von den republikanischen Parteiführern zur Erinnerung an den vor einem Jahre verstorbenen ersten Präsidenten der ehemaligen Spanischen Republik, Sr. Figueras, vorbereitet war. Die Parteigenossen waren aufgefordert worden, Reden und andere Erinnerungsreden für den großen Todten zu sprechen und dieselben dann in feierlichem Zuge an dem Grimalde festlichen niederzuliegen. Sie rechneten hierbei auf eine Theilnahme von mindestens 30,000 Personen. Je näher der Tag der Ausführung kam, desto mehr wurde es den

Unternehmern jedoch klar, daß sie sich in der Stimmung der Bevölkerung verkehrt hatten, ihre Mütter sprach daher nur noch von 20,000, 10,000 und zuletzt gar noch von 3000 Nachfolgern — und heute, als der große Zug nach langem Harren endlich aufbrach, folgten kaum dreihundert Republikaner zweiten Ranges, in denen sich einige Dutzend Kränze befanden, während etliche Hundert Neugierige, zum Theil Frauen und Kinder, ihnen das Geleit gaben. König Alfonso kam mit dieser Kundgebung seiner Gerechtigkeit bei; verfehrt er auf dem betretenen Wege einer monarchischen Initiative verbunden mit streng konstitutioneller Gesinnung, so wird er kaum jemals eine unglückliche erleben.

Der Madrider „Imparcial“, ein unabhängiges Blatt, bemerkt zu den Gerüchten von der angeblichen Absicht der Franzosen in Barcelona, den Kronprinzen einen ähnlichen Empfang zu bereiten, wie die Pariser dem König Alfonso. Wir nehmen an, daß diese Gerüchte grundlos sind; sollten wir uns jedoch irren und es sich bewahrheiten, daß diese Gäste Spaniens genügt sind, die Wälder zu vergrühen, so lange sie ungehindert durch die Gassen, so müssen dieselben daran zu denken, daß in dem spanischen Reich nicht alles gut ist, was hier mehr General Hülshausen Kriegsminister, noch Herr Gametsoffe Präses von Barcelona ist.

Auch die „Epoca“ verlangt, daß man der französischen Kolonie in Barcelona zu verstehen gebe, daß zwischen Barcelona und Paris ein großer Unterschied bestehe in Bezug auf die Fragen der Rücksicht und Höflichkeit, die den regierenden Familien Europas gebührt.

Der Uebermuth des Moniteur de Rome geht so weit, daß er, wie der Post. Ztg. geschrieben wird, es wagte, mit dem deutschen Botschafter am Hofe des Königs von Italien anzukommen, weil in der Kapelle dessen ein Gottesdienst zu Ehren Kuthers vorbereitet worden, und wörtlich Folgendes schreibt:

„Man hätte es sich in der Kapelle des Papstthums wohl ersparen können, daran zu erinnern, daß der glückliche Antrankeff des 16. Jahrhunderts der Doktor und Meister eines Teils von Deutschland geworden ist, aber es ist doch kein Papst Garibaldi (den Botschafts-Hofel) anders denkt. Man sündigt an, daß morgen in der deutschen Anstalts zu Ehren des großen Reformators eine religiöse Cerimonie stattfinden wird. Kaiser Herrm und Frau von Kender, und das spanische Hofes sind nicht anders, als das Papolo Romano melieren, der Prinz Albaner, ein Heise des kaltes, dem Heise beizutreten. Es war nöthig, diesen Zustand zu signalisieren, und wir haben es gethan.“

Die erwähnte Cerimonie ist allerdings, wie wir erwähnten, an dem gedachten Orte und in Gegenwart der genannten hohen Herrschaften, sowie zahlreicher Deutschen und Deutschen in einfacher aber sehr erhabener Weise vor sich gegangen.

Italien hat der Fortschritt der Anwendung eines Generaltarifes anstatt des Konventionaltarifes auf türkische Waaren sowie mit Maßregelung ottomanischer Schiffe gedroht, falls die Türkei nicht Italien die Beibehaltung der meistbegünstigten Nation zu Theil werden lasse. Die Fortsetzung andeweichend.

Da in Betreff der Patentsteuer Frankreich und England allein Bedingungen gemacht haben, so sollen diese auch allein Vertreter im Administrativrathe haben. — Der deutsche Botschafter Herr v. Rabowitsch hat während seiner letzten Audienz beim Sultan stark die Anagnositik der Militärreformen bekräftigt. Obwohl es an Anspredigen nicht geht, daß wir hier doch an durchgreifende Maßnahmen nicht glauben. Herr v. Rabowitsch soll dem Sultan auch wegen der misslichen Lage der deutschen Reformen Vorstellungen gemacht haben. Obwohl sie auf den Wunsch des Sultans gekommen seien, hätten sie weiter etwas auszurufen und den geringsten Einfluß zu erlangen vermocht. Trotz der regelmäßigen Gehaltszahlung möchten sie nicht länger hier bleiben, falls dies Verhältniß fortbestehen würde. — Die folgenden, obwohl mehrere Monate alt, aber aus besser Quelle kommenden interessanten Nachrichten über Michail Pascha sind hier aus Laiz angekommen. Michail wurde in eine Kaserne inquartiert und vom damaligen Schrift von Walle, seinem persönlichen Feinde, schlecht behandelt. Der jetzige Herr behandelt ihn mit mehr, hat ihn mit v. anderen hohen Staatsbeamten, dem abgeleiteten Scheich-ul-Islam Hamrullah und den Schwägern des Sultans, Mahmut und Huri Effendi, zusammen inquartiert. Wie aber leben von Michail's bescheidenen Mitteln, ta die von hier an Mahmud gestanten Summen und wahrscheinlich auch die monatlichen Regierungsgelder Laiz nie erreichen.

Soeben konstatirt eine Extra-Ausgabe der Wiener „Politischen Korrespondenz“ die Ausbreitung des türkischen Aufstandes auf Ainaocac und Alineac und gleichzeitig die Befestigung der erkrankten Stadt durch die Truppen, sowie die Besatzungnahme der beiden Hauptentwürfer Obditi und des Popen Mariko, die Verbindung der provisorischen Regierung, die dasehst unter dem radikalen Abgeordneten Mera Stanojevic sich gebildet hatte: alles nach zuverläßigen serbischen Kampfe. In Alineac ist gegen die Anarchie noch fortzusetzen. Man besorgt hier weitere schlimme Uebertrugungen.

In Anknüpfung bemächtigen sich die Empörer einer Batterie von 4 alten Geschützen und legen eine provisorische Regierung ein. Ebenfalls rufen sie in Alineac die öffentliche Gewalt an sich und besetzen gewaltsam den ehemaligen radikalen Abgeordneten Stano Petrovic. Die Kanjazerer Insurgenten unter mehreren in zweifelhafte Kampfe von den Truppen bei Buzaregata versprengt und mehrere Führer gefangen. Die Batterie wurde ihnen wieder abgenommen. Am gleichen Tage wurde Kanjazer von den Königlichem besetzt und die Ordnung hergestellt. Varios Befestigung ist am Montag erfolgt. Gegen die Alineacer Empörer wurde gestern ein Truppencontingent unter dem General Ivanovic entsendet. Die Regierungskreise tragen große Zuversicht auf eine rasche Beendigung auch dieser Zwischenfälle zur Seha.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war das Gerüchten des kanadischen Wessens, zumal seit Anlage der Canadian Pacific Railway mit nördlichen Wäldern verfolgt wird, sind neuerdings von interessanter Seite Zweifel an der Möglichkeit einer agrar-kulturellen Zukunft jenseit immanen Canadischen verlaubar. Um diese Zweifel auf die allerbedingungsreichste Art zu widerlegen, hat die Wagnersgesellschaft die Anlage von Wasserwerken in Michigan von je 40 (engl.) Meilen längs der ganzen Wäldlinie, auf einer Erstreckung von 40 Meilen beabsichtigt. Demnach werden die ausgedehnten Terrains adaptirt. Demnach werden die netzwerkartigen Wäldlinien errichtet und dann auf jedem Grundstücke ein Farmer angezogen mit den Gerüchten e. versehen, um im nächsten Frühjahr 400 Acres und mehr zu säen. Man sieht dem Ergebnisse des Versuches mit gespanntem Interesse entgegen, da allerdings von dem Gelingen oder Nichtgelingen bestanden die Entwicklung

des kanadischen Wessens und Nordwestens wesentlich beeinflusst werden dürfte. Ebenfalls möchten wir unsere Auswanderungslustigen recht dringend warnen, sich an diesem Experimente irgend wie zu betheiligen.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, den 15. November.

Bucher ist nach längerem Urlaub, den er aus Gesundheitsrücksichten hatte erlauben müssen, nach Berlin zurückgekehrt. — Der Naturforscher Dr. G. Hülshausen, der die letzten 7 Jahre auf Forschungsreisen in die Malayen zugebracht hat, die er von Janibar aus wo er als Arzt lebte, unternahm, ist jetzt nach Berlin zurückgekehrt, um seine bedeutenden zoologischen Sammlungen zu ordnen und zu bearbeiten. Im Dezember wird er in der hiesigen geographischen Gesellschaft einen Vortrag über seine Reisen und deren Resultate halten.

Ueber die **Entstehung des literarischen Bureau's** der kaiserlich preussischen Staatsbibliothek in Berlin, welche in seiner von der „Deutschen Rundschau“ veröffentlichten Biographie interessante Mittheilungen enthält, ist im März 1848 die Tragödie und vorläufige Leistung einer Centralstelle für die Beobachtung der öffentlichen Meinung in der Presse übertragen worden, welche dem Staatsministerium untergeordnet, in dessen Geschäftsräumen etabliert wurde.

Es enthält nach meinen eigenen Wahrnehmungen und dem Material, welches die mir übergebenen Mittheilungen vorbereiteten, fähre ich, allmählich einen zwischen dem 10 und 11 Uhr abgehaltenen, welcher um 12 Uhr abends in dem Königs- und in dem Prinzen von Preußen und an sämtliche Minister abgelesen wurde. Nur das Concept blieb in Archib, ein Exemplar aberhand in meinen Händen zurück. Diese erste Organisation des „literarischen Bureau's“ hatte anfänglich nur einen informativischen Zweck. Allerdings wurden, wenn in der Presse Angriffe auf einzelne Ressorts oder sonst die selbst interessirenden Angaben sich befanden, die Ministerien durch Schriftverkehr hierauf aufmerksam gemacht, was dem nach Umständen zu Verfügungen und Erklärungen führte. Aber bis einer Führung der öffentlichen Meinung im Sinne der jeweiligen Regierungspolitik war das Institut noch nicht geeignet.

Die in den Händen d. Reichsoffens vertriebenen Exemplare der täglichen Zeitungsberichte sind in einem verriegelten Kasten der Königl. Bibliothek zu Berlin übergeben worden.

Der **Ueberreichen Anhalt** bietet jetzt in Berlin zur Nachtzeit der weite Verfall an der Gde der Post- und Königsbergerfrage, welcher mit dem Eintritt der Dunkelheit durch electrisches Licht erhellt wird, um die Unausgeglichenheit des Baues bei Tag und Nacht zu veranschaulichen. Die electrische Bogenlampe werfen ihr blaues Licht über den Bauplatz, welcher von rassistischen Schaffenen Arbeitern belebt ist, die in dem märchenhaften Scheine ganz eigenartig sich ausnehmen. Das das frappe Bild die Passanten anzieht und festhält, versteht sich von selbst.

Der **Strasproch gegen die Verhättern** des „Unabhängigen“ wird rermittlicht zum zweiten Mal verhandelt werden. Auf die von dem verurtheilten Ledome eingeleitete Revision hat nämlich das Reichsgericht aus rein formellen Gründen das gegen denselben ergangene Erkenntnis aufgehoben, und die gegen ihn gerichtete Anklage an die Strafammer I. des Berliner Landgerichts I. zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen. Der betreffende Termin ist, wie „B. Ztg.“ erfährt, auf den 19. v. M. anberaumt.

Auf die **Gefährlichkeit des Rükens von Gunden** ist wiederholt hingewiesen worden. Gestern erzählte die „Berliner Ztg.“ zum Entzagen ihrer Leser: Ein jüdischen Straßensoldaten befindet sich gegenwärtig ein Patient, ein in den dreißiger Jahren stehender Herr Z., welcher in vergangener Woche von Dr. Israel einer gefährlichen Operation unterzogen wurde, beufus Entzernung eines Schinocoocci (Hundebauwurm) der Leber. Dabei ist eine Wundheilung voll Schinocoocci entzern worden. Die Ursache dieser beendlichen Erkrankung hat ihre directe Erklärung durch das eigene Gesinnnis des Patienten gefunden, daß er in seiner Jugend gern mit einem Hunde gespielt hat und sich auch öfters von ihm lecken ließ.

Zu einer großen **militärischen Feierlichkeit** gestaltete sich am Mittwoch das Fest des 75jährigen Bestehens des Garde-Zäger-Bataillons in Potsdam. Nachdem am Nachmittag in Offizier-Kasino ein großes Besondere stattgefunden, wurde am Abend für die Mannschaften ein elegantes Angewandtes der Bataillons eine Bewilligung in einem vorläufigen Schloss zum Theater veranstaltet. Der Theateraal war nach Baldauumant mit grünen Tann, Ornamenten und Geweben geschmückt. Unter der zahlreichen Festgesellschaft bemerkte man den Stadt-Commandanten General v. Hahle, Divisions-Commandant General-Lieutenant von Kleff, Inspecteur der Zäger und Schützen General-Major von Arnim, den Commandeur der Garde-Schützen Oberst von Nidich-Koloff, Oberst von Vintedau, Oberst von Bülow, Graf Keller u. A. m. Nachdem der Commandeur des Garde-Zäger-Bataillons, Oberstlieutenant von Wilschütz, die Festreden begrüßt und das Wilschütz des Bataillons unter Leitung seines Dirigenten Musikdirektor Gollmich einen Marsch intonirt, sprach der Einjährig-Freiwillige Gustavmeyer von dem anwesenden Baumeister Ganten, welcher vor 50 Jahren als Einjähriger im Bataillon gefanten, verlassenen Fest-Prolog, Oberst Lieutenant von Wilschütz brachte jedoch ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten und stehend die Nationalhymne sangen. Dann ging der Vorhang in die Höhe und ward auf der Bühne die Bühne unseres Kaisers, umgeben von einem hohen Heer Bataillonen und Compagnien sichtbar, während zu beiden Seiten je ein Jäger im Parade-Anzug mit prächtigem Gewehr Aufstellung genommen hatte. Es folgten die Würdigerungen von „Nadigall und Nicht“ und „Das Nachfolger in der Jungfernhalt“ von Robert Vinteer, bei denen sämtliche Rollen, auch diejenigen der Damen, von Mannschaften des Bataillons besetzt waren. Das Fest verlief in bester Harmonie und viert die Festtheilnehmer bis zum Morgen zusammen.

Die **Arbeiterlotterie** der Provinz Brandenburg, Friedrichs-Wille bei Reppen, ist am Dienstag eröffnet worden. Mittags um 12 Uhr luden die ersten Festgesellschaften fest zum Aufnahme und erhellten die erste Festigung. In der Abendsgesellschaften erhellten, in denen hiesigen Bannere, die der Arbeiterlotterie zuwenden, mit weiterer Spitze unterzogen werden. Die Besondere haben bereits Bekanntheit erworben, in denen hiesigen Bannere, mit weiterer Spitze von der Kanzel herab aufzufordern, daß die Bettler an die Stationen und nach Friedrichs-Wille gewiesen, ihnen aber keine Almosen mehr gegeben werden sollen.

Der Zustand des politischen Dichters **Kranzberg** soll sich, wie die „Dresd. Nachr.“ mehren, in den letzten Tagen der

